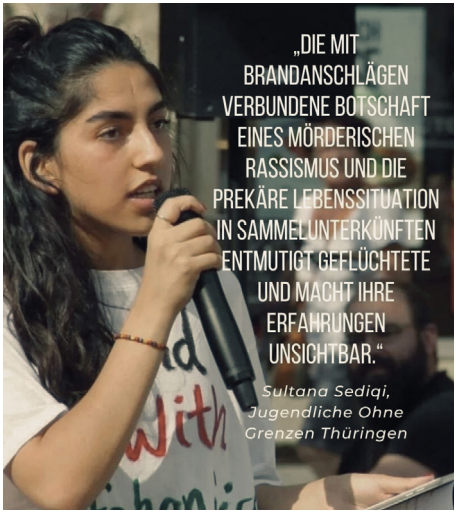
WINTER 2022 / 2023

ezra

KALTLAND REPORT

Neue Welle rechter und rassistischer Gewalt



Angesichts einer neuen Welle rechter und rassistischer Gewalt insbesondere in Ostdeutschland ist zu befürchten, dass mindestens eine Eskalation wie in den Jahren 2015/2016 droht, in denen täglich mindestens 4 bis 5 Menschen in Ostdeutschland und Berlin Opfer eines rechten Angriffs geworden sind.

Auch in Thüringen kam es in den vergangenen Monaten zu zahlreichen rechten und rassistischen Angriffen (→ CHRONIK S. 4). Sultana Sediqi von *Jugendliche ohne Grenzen*

berichtet bei einer Pressekonferenz des *VBRG e.V.* am 3. November 2022 von rassistischer Gewalt, die für viele Geflüchtete in Thüringen zum Alltag gehört.

Der besorgniserregende Anstieg rechter und rassistischer Gewalt geht einher mit massiven extrem rechten Mobilisierungen. In diesen zeigt sich, wie am *Tag der Deutschen Einheit* in Gera, dass ein aggressiver, rechter Zusammenschluss von bürgerlicher Mitte bis zu extrem rechten Akteur:innen wie *AfD*, *Freie Thüringer* und Reichsbürger entstanden ist. Hinzu kommt eine zunehmende rassistische und antiziganistische Hetze von Politiker:innen der *AfD*, aber auch demokratischer Parteien.

Im elften Jahr der Selbstenttarnung des *NSU* hat sich im Umgang damit aber kaum etwas geändert. Das ist mitverantwortlich dafür, dass Thüringen wie Ostdeutschland Resonanzboden und Ausgangspunkt für rechtsterroristische Netzwerke und Täter:innen bleibt. Als fachspezifische Opferberatungsstellen haben wir einen glaubhaften Paradigmenwechsel von den ostdeutschen Innenminister:innen eingefordert und dazu acht notwendige Maßnahmen vorgeschlagen. ◄

Acht notwendige Maßnahmen für einen glaubhaften Paradigmenwechsel

1. Dezentrale Unterbringung statt Sammelunterkünfte
2. Abschaffung der Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen für Geflüchtete
3. Verbot von rechten Aufmärschen vor geplanten und bewohnten Flüchtlingsunterkünften
4. Bleiberecht für Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus
5. Einsatz von Bereitschafts-Staatsanwält:innen bei rechten Demonstrationen
6. Schulungen für Polizist:innen zu Artikel 5 GG und Pressefreiheit sowie eine verbindliche Teilnahme an Seminaren der Menschenrechtsbildung
7. Ermittlungsgruppen wie »Besondere Aufbauorganisationen« bei den Landeskriminalämtern und Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt PMK-rechts
8. Priorisierung der Verfahren in Fällen von rechter, rassistischer sowie antisemitischer Gewalt

Neu: Der *ezra*-Newsletter

Kaltland Report

Erstmalig erscheint 2022 der *ezra*-Newsletter KALTLAND-REPORT! Der Newsletter informiert zukünftig halbjährlich zu unseren Publikationen und Veranstaltungen, sowie zu aktuellen Ereignissen wie Prozessen und rechten Angriffen.

Newsletter abonnieren

Er ist sowohl digital als auch als gedruckte Version im A5-Format verfügbar. Die gedruckte Version gibt es an unseren Infoständen. ◄

Inhalt

1 THEMA
Neue Welle rechter und rassistischer Gewalt
4 CHRONIK
6 PROZESSBEOBACHTUNG
9 BERATUNGSALLTAG
10 PUBLIKATIONEN
12 RÜCK- UND AUSBLICKE
16 IMPRESSUM

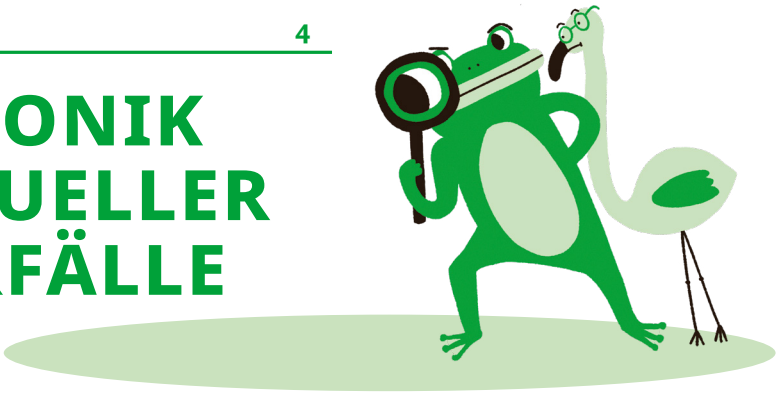
/ezra_online

/ezra_online

/Opferberatung.ezra

systemli.social/@ezra

CHRONIK AKTUELLER VORFÄLLE



Auf unserer Homepage findet ihr unter ***www.ezra.de/chronik*** schlaglichtartig eine Übersicht zu unseren dokumentierten Fällen zu rechten, rassistischen und antisemitischen Bedrohungen und Angriffen in Thüringen. Dort gibt es ebenfalls die Möglichkeit, uns Fälle zu melden

Vorfall / Übergriff melden

Damit unterstützt ihr das unabhängige Monitoring von rechter Gewalt, welches dringend notwendig ist, da durch behördliche Statistiken das tatsächliche Ausmaß unsichtbar bleibt.

Wichtig zu wissen: Die Chronik unterscheidet sich von der Jahresstatistik, die *ezra* jährlich veröffentlicht. Nicht alle Fälle, die in der Chronik veröffentlicht werden, fließen in die Statistik ein, da oftmals noch eine Nachrecherche erfolgen muss. Zudem finden sich auch nicht veröffentlichte Fälle in der Statistik, die nicht zur Anzeige gebracht und auch nicht in der Chronik veröffentlicht wurden.

Die folgende Auswahl an Fällen steht beispielhaft für eine neue Welle rechter und rassistischer Angriffe, die im Zusammenhang mit den massiven extrem rechten Mobilisierungen und der zunehmenden rassistischen Hetze der letzten Monate steht. Im Fokus stehen vor allem Journalist:innen, zivilgesellschaftlich Engagierte und Geflüchtete.

Heilbad Heiligenstadt

Angriff auf Journalist:innen

3.10.2022

Bei einem Aufmarsch von aus dem Querdenken-Spektrum wurden Journalist:innen durch Teilnehmende tätlich angegriffen, dabei wurde auch eine Kamera beschädigt.

Gera

Angriffe auf Journalist:innen, Gegendemonstrant:innen und rassifizierte Menschen

3.10.2022

Bei einem faschistischen Aufmarsch in Gera wurden Journalist:innen von Teilnehmenden u.a. mit Flaschen angegriffen. Es kam zu Drohungen und versuchten Angriffen auf Gegendemonstrant:innen und rassifizierte Menschen.

Straußfurt

Sprengsätze mit Hakenkreuz

9.10.2022

Am Straußfurter Bahnhof wurden zwei Sprengkörper gefunden. Einer davon war in ein Tuch mit einem Hakenkreuz gewickelt.

Apolda

Brand nahe Unterkunft für Geflüchtete

10.10.2022

Gegenüber einer Unterkunft für 147 Geflüchtete in Apolda konnte eine Gasexplosion verhindert werden. Ein rassistisches Tatmotiv kann nicht ausgeschlossen werden.

Leinefelde

Antiziganistisches Drohschreiben

25.10.2022

Nach massiven rassistischen und explizit antiziganistischen Drohungen wurde auf Grund von Sicherheitsbedenken die Unterbringung von Geflüchteten in Leinefelde ausgesetzt. Der Verfasser des Drohschreibens veröffentlichte zudem die Adresse des Immobilieninhabers der Unterkunft und die des Landrats.

Sülzhayn

Angriff auf Unterkunft für Geflüchtete

5./6.11.2022

Im Landkreis Nordhausen wurde eine Unterkunft für Geflüchtete angegriffen. Unbekannte beschmierten nachts die Fassade des Gebäudes in Sülzhayn mit Hakenkreuzen und warfen eine Fensterscheibe ein.

Erfurt

Angriffe bei Demonstration der *AfD* und anderen extrem rechten Akteur:innen

12.11.2022

Ein Journalist wurde mit voller Wucht in eine Treppe hinein gestoßen, weitere Journalist:innen wurden bedroht und bei ihrer Arbeit behindert.

PROZESS-BEOBACHTUNG

Viereinhalb Jahre später

Skandalöses Urteil am Landgericht Mühlhausen im sogenannten Fretterode-Prozess

Am 15. September 2022 fand der Prozess gegen Gianluca B. und Nordulf H. mit einem skandalösen Urteil des Mühlhäuser Landgerichts sein vorläufiges Ende. Die Täter stürmten Ende April 2018 aus dem Haus des international vernetzten Neonazikaders Thorsten Heise in Fretterode (Eichsfeld), attackierten zwei Journalisten brutal und verletzten diese schwer.

Die Angeklagten wurden wegen Sachbeschädigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu lediglich 200 Arbeitsstunden bzw. einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Der Tatvorwurf des schweren Raubs wurde ebenso wenig anerkannt wie das rechte Tatmotiv der Pressefeindlichkeit – ein fatales Signal an die Pressefreiheit und somit freie Berichterstattung. Stattdessen folgte die Urteilsbegründung in vielen Punkten der Strategie der Verteidigung, welche von Anfang an durch Täter-Opfer-Umkehr und Verständnis gegenüber den Angeklagten gekennzeichnet war. Die Vorsitzende Richterin sprach von vier Kontrahenten und »zwei ideologischen Lagern«, die sich hier gegenüberstünden. Während der Ausführungen der Richterin, welche immer wieder die Täterperspektive reproduzierte, verließen der anwesende betroffene Journalist und einige Zuschauer:innen den Saal.

Dieser Fall reiht sich ein in eine Serie milder Urteile gegen Neonazis und Nichtanerkennungen rechter und rassistischer Tatmotivationen der Thüringer Justiz. Bereits zu Beginn des Verfahrens zeichneten sich eklatante Ermittlungsfehler der Eichsfelder Polizei ab, welche die Gefahr, die vom Umfeld Heises ausgeht, fatal unterschätzte. Gegen das Urteil wurde von Seiten der Staats-

anwaltschaft und Nebenklage sowie der Verteidigung Revision eingelegt.

Angriff vor Staatskanzlei

Prozess am Amtsgericht Erfurt zum Vorfall im Juli 2020

In den letzten Monaten wurden mehrere Prozesse am Erfurter Amtsgericht zum gewalttätigen Angriff vor der Thüringer Staatskanzlei am 18. Juli 2020 verhandelt. Damals wurden junge Menschen von einer größeren Gruppe rechter Täter gezielt attackiert und teilweise erheblich verletzt. Angeklagt waren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung.

Zunächst standen Anfang Juli sechs Angeklagte vor Gericht, welche sich zum Teil zum Tathergang äußerten, aber nicht zur Aufklärung des Tatmotivs beitrugen. Nachdem das Verfahren der zwei schweigenden Angeklagten abgetrennt wurde, wurde der Rest verwarnt und erhielt geringe Auflagen im Rahmen des Jugendstrafrechts. Auch im abgetrennten Verfahren blieb es nach drei Verhandlungstagen bei Verwarnungen, Schmerzensgeldzahlungen und Sozialstunden, obwohl die Angeklagten keine Reue zeigten. Im Oktober startete der nächste Prozess, diesmal im Erwachsenenstrafrecht. Nachdem wegen Krankheit des Pflichtverteidigers erneut ein Verfahren ausgeklammert wurde, äußerten sich die beiden Verbliebenen erst am Ende zu ihren Taten. Das Verfahren endete mit einem Freispruch und einer Haftstrafe auf Bewährung. Das Verfahren am Landgericht soll Anfang 2023 starten.

In allen drei Verfahren wurde ein rechtes Tatmotiv nur durch eine Nebenklage thematisiert und sonst nicht ausreichend ausgearbeitet, obwohl Betroffene und öffentliche Recherchen darauf hinwiesen. Die geringen Strafen und dass der Angriff in aller Öffentlichkeit und unter Videoüberwachung stattfand, zeigt einmal mehr, wie sicher sich Neonazis in Erfurt fühlen (können).

#Herrenberg-Prozess

Verfahren zum rassistischen Angriff gestartet

Nach über zwei Jahren begann am 30. November 2022 am Landgericht Erfurt das Verfahren gegen zehn Angeklagte wegen des brutalen rassistischen Angriffs auf drei junge Männer im Erfurter Südosten. In der Nacht zum 1. August 2020 wurden die drei Freunde erst rassistisch beleidigt

und dann tätlich angegriffen. Einer von ihnen wurde dabei so schwer verletzt, dass er in Lebensgefahr schwebte. Der rassistische Angriff hatte bundesweit für Aufsehen und Empörung gesorgt. Ausgangspunkt war eine Feierlichkeit in den Vereinsräumlichkeiten der Neonazi-Partei *Neue Stärke Erfurt*, damals *Dritter Weg*. Die Angeklagten sind zum Teil als Vertreter der *Neuen Stärke Partei* (NSP) aufgetreten und vertreten eine klare neonazistische Ideologie. Das Verfahren am Landgericht sollte bereits im Februar 2022 starten. Der vorsitzende Richter Pröbstel begründete, dass dies nicht möglich sei, da das Thüringer Justizministerium keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellte.

Nun findet der Prozess im Ausweichobjekt (Sanierung Landgerichtsgebäude am Domplatz) im Juri-Gagarin-Ring 105–107 im Sitzungssaal 0.02 statt. Terminiert ist aktuell wöchentlich jeden Mittwoch ab 9:30 Uhr bis Ende Februar 2023.

Solidarische Prozessbegleitung ist gewünscht, um die Betroffenen bei ihren Aussagen zu unterstützen. In den Reihen der Verteidiger finden sich namenhafte rechte Szene-Anwälte, die bereits Akteure der rechten Szene in Erfurt als auch bundesweit vertreten hatten. *ezra* erwartet von Staatsanwaltschaft und Gericht die Anerkennung des rassistischen Tatmotivs.

BERATUNGS-ALLTAG

Warum *ezra* auch Fußball-begeisterte berät

Wir unterstützen Menschen, die einschneidende Erfahrungen gemacht haben und deren Alltag erschüttert ist. Fragen nach Sicherheit, Anzeigenerstattung, dem Umgang mit Polizei und Justiz sind zentral, aber auch: Wie blicken meine Mitmenschen auf mich? Niemand möchte »Opfer« werden und auch nicht, wie ein »Opfer« behandelt werden.

ezra berät keine Opfer, wir beraten Menschen, denen etwas Schreckliches angetan wurde und die Persönlichkeiten mit diversen Interessen und Beziehungen sind. Sie verharren nicht passiv in einer Rolle, sie haben viel zu berichten und verfügen über Expertise: Wie geht eine Gesellschaft mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt um? An den möglichen vielfältigen Antworten müssen wir uns alle messen lassen. Jeder Mensch, der Gewalt erlebt hat, weiß, dass es mehr gibt als diese Erfahrung. Wir sehen unsere Beratungsnehmenden als Fußballbegeisterte, als Lohnabhängige, als Künstler:innen oder als Sprachgewandte und häufig als politisch Engagierte für eine bessere Welt, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können.

»The only useful one in this world who lightens the burdens of another.«
Thank you, ezra team, you stood with us, when no one did!
The only office, that really supported us after the racist attack. And for that you have our endless gratitude.

Beratungsnehmende

PUBLIKATIONEN

Thüringer Zustände 2021

In Zusammenarbeit mit Mobit, dem *IDZ*, *KomRex* und *ezra* erschienen 2022 zum zweiten Mal die *Thüringer Zustände*. Die Publikation befasst sich anhand von wissenschaftlichen Analysen, aber auch Berichten von Betroffenen, mit den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Freistaat Thüringen.

Ezra bringt hier die Perspektive aus der langjährigen Expertise als Beratungsstelle ein. Dazu gehört sowohl Monitoring und kritische Einordnung von rechten Angriffen, als auch die Arbeit mit Betroffenen. In der aktuellen Ausgabe der *Thüringer Zustände* äußert sich *ezra* basierend auf der Jahresstatistik des Vorjahres zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Zudem thematisiert *ezra* in den *Thüringer Zuständen* die Schwerpunktthemen Rassismus und LGBTQIA+ Feindlichkeit in Thüringen.

Die Beiträge in der Publikation behandeln folgende Themen

- Antidiskriminierungsarbeit & Diskriminierungsthemen in Thüringen
- Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Thüringen
- Polizeilich erfasste Hasskriminalität in Thüringen
- Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen
- Die extreme Rechte in Thüringen
- Mord an Mario K. in Altenburg im Kontext LSBTIQA*-feindlicher Gewalt in Thüringen
- Rassismus in Thüringen: Selbstorganisation und Empowerment als Antwort
- Blackbox Erstaufnahmeeinrichtung – Innenansichten des Ankommens in Thüringen
- Ballstädt – eine Tragödie in zwei Akten
- Die Thüringer *AfD* bei der Bundestagswahl 2021
- Corona-Skepsis und Rechtsextremismus – der Einfluss der Corona-Pandemie auf die politischen Einstellungen in Thüringen

ezra-Flyer

jetzt auch auf Ukrainisch und Romanes verfügbar!

Im Zuge der Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete aus der Ukraine im Oktober 2022, die auch von antiziganistischer Hetze begleitet waren, ist es *ezra* wichtig, deutlich Solidarität zum Ausdruck zu bringen. *ezra* steht an der Seite von Rom:nja und ukrainischen Geflüchteten! Nun besteht auch die Möglichkeit, sich auf Ukrainisch und Romanes über das Beratungsangebot von *ezra* zu informieren. Die Flyer können über das Formular auf ***ezra.de/publikationen*** bestellt werden.

Angriff auf die Pressefreiheit

Fachartikel in neuem Band der IDZ-Schriftenreihe

In dem im Januar erscheinenden Band *Demokratie unter Druck* der Schriftenreihe *Wissen schafft Demokratie* des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* (*IDZ*) hat *ezra* einen Artikel zu rechter Gewalt gegen Medienschaffende veröffentlicht. Ausgangspunkt ist die Zunahme von rechten Angriffen auf Journalist:innen, die sich auch im unabhängigen Monitoring der fachspezifischen Opferberatungsstelle für das Jahr 2021 in Thüringen gezeigt hat.

Der Artikel thematisiert Kontinuitäten wie die jahrzehntelange Feindmarkierung gegen freie Journalist:innen, die Etablierung eines rechten »Lügenpresse«-Narrativ seit der rassistischen PEGIDA-Mobilisierung im Jahr 2014/2015 und das Versagen von staatlichen Behörden wie Polizei und Justiz, das mit rechten Angriffen auf Medienschaffende einhergeht. Dies wird am Beispiel des brutalen Neonazi-Angriffs auf zwei Journalisten im April 2018 bei Fretterode ausgeführt.

Unter dem Hashtag *#AusgebranntePresse* sammeln Journalist:innen auf sozialen Medien Erfahrungsberichte, die die massiven Folgen für die Betroffenen und die Berichterstattung sichtbar machen. Die Autor:innen schlagen verschiedene Maßnahmen vor, um den Schutz der Betroffenen und der Pressefreiheit zukünftig zu gewährleisten. Zudem wird die Initiative *schutzkodex.de* vorgestellt, die sich an die Medienhäuser richtet, um durch die Umsetzung bestimmter Standards und Schutzmaßnahmen, Verantwortung für ihre angestellten und freien Mitarbeitenden zu übernehmen.

Ab Januar 2023: Artikel in der *IDZ*-Reihe

RÜCK- UND AUSBLICKE

#KeineDeals-MitNazis

OMAS GEGEN RECHTS erreichen öffentliche Anhörung zur Petition im Thüringer Landtag

Vor über einem Jahr fiel das Urteil im sogenannten *Ballstädt-Prozess*. Militante Neonazis, die eine Feier einer Kirmesgesellschaft im Februar 2014 in Ballstädt brutal überfallen hatten, kamen mit milden Strafen davon, weil Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung einen »Deal« machten. Die *OMAS GEGEN RECHTS Erfurt* konnten mit einer Online-Petition über 50.000 Unterschriften sammeln und reichten zusätzlich eine Petition beim Thüringer Landtag ein. Sie erreichten das notwendige Quorum, weswegen am 30. Juni 2022 eine öffentliche Anhörung im Landtag stattfand. Die *OMAS* zeigten Aktualität des massiven Problems der Justiz im Umgang mit rechtsmotivierten Gewalttaten auf, welches durch uns und die Rechtsanwältinnen Dr. Kati Lang und Kristin Pietrzyk als geladene Sachverständige weiter ausgeführt wurde. Zudem wurden Gegenmaßnahmen wie die Anwendung des Weisungsrechts durch den Thüringer Justizminister aufgezeigt, die auch eine unabhängige Justiz gewährleisten würden.

Çay und Wissen

***»Es ist nicht meine Revolution, wenn wir keinen Çay zusammen trinken können«* Newroz Duman**

Nach der Devise, dass Solidarität auch bedeutet sich kennenzulernen und Zeit miteinander zu verbringen, startete *Çay und Wissen* als Empowerment-Reihe, für Menschen mit Rassismuserfahrung, im Mai 2022. Und wir wollten in die Provinz. Dank des notwendigen und hilfreichen Supports vor Ort fiel die Wahl auf Altenburg, Ostthüringen.

Seither haben wir uns viel ausgetauscht, Tee getrunken und gesprochen. Diese Themen hatten sich die Leute vor Ort gewünscht: »Was tun – bei rechten, rassistischen, antisemitischen Angriffen?«; »Arbeiten in Deutschland – Was sind meine Rechte?«; »Hier bleiben – aber wie? Rechtliche Möglichkeiten zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis«.

Der letzte Tee in diesem Jahr wurde zum Thema: »Geht es dir gut? – Psychische Belastungen bei Familie und Freund*innen erkennen« getrunken.

Vielen Dank an die Kolleg:innen vom *DGB Bildungswerk e.V.*, *Diako Thüringen*, *Flüchtlingsrat Thüringen e.V.* und *refugio Thüringen e.V.*

Fretterode-Prozess

Podiumsdiskussion zur Causa

Am 2. November 2022, acht Wochen nach dem skandalösen Urteil des Landgerichts Mühlhausen, wurde im Puschkinhaus auf Einladung von Martina Renner und der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* die Wirkung des Urteils diskutiert. Neben den Nebenklagevertretern Rasmus Kahlen und Sven Adam nahmen Monique Hofmann, Bundesgeschäftsführerin der *DJU in VER.DI* und Magdalena Willer, Beraterin bei *ezra*, an der Diskussion teil. »Die Kontinuität der milden Urteile gegen rechte Täter:innen in Thüringen hat bundesweit eine fatale Signalwirkung in die militante Neonazi Szene. Es ist klar, dass diese hier keine Konsequenzen zu befürchten haben. Die Betroffenen Journalisten hingegen werden vom Rechtsstaat allein gelassen.« erklärte Magdalena Willer. Monique Hofmann führte aus: »Es besteht die konkrete Gefahr, dass Journalistinnen und Journalisten sich aus dem Themenfeld Rechtsextremismus zurückziehen und dadurch in manchen Regionen bei der Aufklärungsarbeit blinde Flecken entstehen«. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt, die vom Bundesgerichtshof geprüft wird.

»Rechte Richter« in Altenburg

Vortrag und Podiumsdiskussion

Zusammen mit der *Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen* haben wir am 16. November 2022 zu einem Vortrag mit anschließender Podiumsdiskussion in der *Volkshochschule Altenburg* eingeladen.

Dr. Joachim Wagner stellte zentrale Thesen seines Buches »Rechte Richter. *AfD*-Richter, -Staatsanwälte und -Schöffen: Eine Gefahr für den Rechtsstaat?« vor. Danach diskutierten Heike Kleffner, Journalistin und Geschäftsführerin des *VBRG e.V.* und Anna Schramm, Beraterin bei *SUPPORT* des *RAA Sachsen e.V.* mit dem Autor zum Thema »Rechtsmotivierte Gewalt und die Justiz«. Es ging um die jahrelange Verschleppung von Gerichtsverfahren oder die Nicht-Anerkennung von rechten Tatmotiven.

Ein Beispiel war der Neonazi-Angriff am 1. September 2018 in Chemnitz auf Gegendemonstrant:innen. Seit über vier Jahren warten die Betroffenen auf Gerechtigkeit. Eine Anklage gegen die Täter wurde im Sommer 2022 endlich erhoben. Da die Kostenübernahme für die Nebenklageanwält:innen bisher durch das Gericht abgelehnt wurde, kommen auf die Betroffenen möglicherweise hohe Kosten zu. Sie sind auf Spenden angewiesen – Dein Betrag hilft:

Spendenkonto RAA Sachsen e.V.
IBAN DE33 8508 0200 0643 9986 00
BIC DRESDEFF857
Commerzbank AG
Verwendungszweck
Opferfonds – Chemnitz2018

elly

Deine Verbündete gegen #Hatespeech im Netz in Thüringen

Im September dieses Jahres hat *ezra* über Fördermittel des Landespräventionsrats Thüringen beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales ein neues Projekt bewilligt bekommen, welches zukünftig ein Beratungsangebot für Betroffene von Hatespeech in Thüringen zur Verfügung stellen wird.

Unter Hatespeech werden rechtsmotivierte verbale Angriffe im Internet verstanden, die anhand bestimmter Zuschreibungen gegenüber den Betroffenen erfolgen. Darin kommen historisch gewachsene und gesellschaftlich verbreitete Ideologien wie z.B. Rassismus, Antisemitismus, Neonazismus, Sozialdarwinismus, Sexismus oder Queerfeindlichkeit zum Ausdruck. Zum professionellen Beratungsangebot gehören u.a. die psychosoziale und rechtliche Beratung, die Begleitung zu Polizei, Staatsanwaltschaften oder Gerichtsprozessen oder die Unterstützung bei der Finanzierung von Fachanwält:innen. Anfang 2023 geht es los! Stay tuned!

#DeineErfahrung-Zählt

Studie zu Sekundärer Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt bei Polizei und Justiz von IDZ, *ezra* und VBRG

In Kooperation mit *ezra* und dem *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (*VBRG e.V.*) hat das *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (*IDZ*) im Sommer eine bundesweite Online-Befragung durchgeführt. Sekundäre Viktimisierungserfahrungen mit Ermittlungsbehörden und Justiz werden in den Mittelpunkt gestellt, indem Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, sexualisierter und/oder LGBTIQA*-feindlicher Gewalt anonym dazu befragt werden. Dies sind vor allem Fehlreaktionen (z.B. Täter-Opfer-Umkehr, Mitschuldvorwürfe oder Verharmlosungen im Nachgang des Angriffs) des sozialen Umfelds aber auch durch Behörden, die die Verarbeitung der Gewalterfahrung erschweren können. Die Fragen, welche u.a. die Tatumstände/Tatfolgen und das Behördenhandeln eruieren, konnten in zehn verschiedenen Sprachen beantwortet werden. Die Ergebnisse der Befragung werden voraussichtlich 2023 in einer Studie veröffentlicht, welche inhaltlich an die Publikation »Die haben uns nicht ernstgenommen« aus 2015 anschließt und schon damals zeigte, dass sekundäre Viktimisierungserfahrungen von Betroffenen mit Behörden keine Einzelfälle sind.

RexToThü gestartet

Ein Forschungsteam der *Hochschule für Wirtschaft und Recht* (*HWR*) Berlin nimmt unter Leitung von Prof. Dr. Christoph Kopke die Arbeit an der Überprüfung der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in Thüringen (Projektname: *RexToThü*) auf. Seit November 2018 wird die Umsetzung erwartet. Unter organisatorischer Leitung des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (*TMIK*) fanden bisher zwei Beiratssitzungen statt. Der Beirat setzt sich aus Vertreter:innen staatlicher Behörden und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zusammen, um die Perspektive auf die zu untersuchenden Fälle breit zu fächern und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Ziel ist eine Einschätzung aus heutiger Sicht zu treffen, welche die tatauslösenden Motive auf rechte Ideologien prüft.

IMPRESSUM

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

ezra

Juri-Gagarin-Ring 96/98
99084 Erfurt

Tel 0361. 21 86 51 33
Fax 0361. 21 86 30 13
Email info@ezra.de
www.ezra.de

Gestaltung Franziska Stübgen
Illustrationen Slinga
V.i.S.d.P. Franz Zobel

ezra ist ein Projekt in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.

EVANGELISCHE KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND

ezra wird im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit *DenkBunt* und des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

Freistaat Thüringen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

denk bunt
Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Dank

Auch in diesem Jahr haben viele Menschen den Opferhilfsfonds der EKM für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen mit einer Spende unterstützt. Praktische Solidarität, beispielsweise durch das Übernehmen von Anwaltskosten, zeigt Betroffenen, dass sie nicht allein sind. Anwaltskosten belaufen sich oft auf einen vierstelligen Betrag. Eure Spenden helfen dabei, dass Betroffene bestmöglich unterstützt werden können. Dafür sagt *ezra* Danke! Neben Prozesskosten werden auch notwendige Umzüge für Betroffene durch Spenden ermöglicht. Aber auch die Finanzierung eines Fahrrads zur sicheren Fortbewegung, die in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht gegeben ist, kann eine wichtige Form von Beistand sein. Jeder Betrag hilft!

Spendenkonto

Ev. Kirche Mitteldeutschland
IBAN DE26 5206 0410 0008 0000 00
Bank Evangelische Bank
BIC GENO DEF 1EK1
Kennwort Opferhilfsfonds

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Bei Beträgen bis zu 300 € gilt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung. Bei höheren Spendenbeträgen senden wir auf Wunsch gern eine Spendenbescheinigung zu. Nehmen Sie hierzu bitte Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.